



Die Linke – Ortsverband Freiberg
Lange Straße 34 • 09599 Freiberg
ortsvorstand@dielinke-freiberg.de
Tel. 03731-22256

Unsere Stellungnahme zu Freiberg klimaneutral Wahlprüfsteine zur Stadtratswahl 2024

Wahlprüfsteine zur Stadtratswahl 2024:

1. Die Auswirkungen des Klimawandels spüren wir auch in Deutschland, doch die gravierendsten Folgen sind bereits jetzt im globalen Süden (Ernteaussfälle, Hunger, Flucht, Naturkatastrophen) zu sehen, obwohl dieser am wenigsten zum Klimawandel beiträgt. Was würde Ihre Partei/Wählerliste tun, um den Klimawandel aktiv einzudämmen?

Auf lokaler Ebene durch die Kommunalpolitik sind die Einflussmöglichkeiten eher gering, um dem Klimawandel etwas entgegenzusetzen zu können. Aber der Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel und seine Auswirkungen fängt für uns im Kleinen und lokal an: Energieeinsparung in Verwaltung und kommunalen Einrichtungen, wo noch Reserven bestehen. Solarpaneele auf Dächern kommunaler Immobilien, mehr Standorte für Ladesäulen für E-Autos finden, Artenschutz durch weniger und schonendes Rasen mähen, Wildblumenwiesen statt artenarmen Rasen, Stadtgrün fördern, Schottergärten verbieten. In unserem Wahlprogramm haben wir außerdem festgehalten: „Der Klimawandel und in seiner Folge der Borkenkäfer haben unserem Stadtwald arg zugesetzt. Der Umbau zum Mischwald muss fortgesetzt werden. Pflanzungen und Naturverjüngung als günstigste und natürlichste Form sind das Mittel der Wahl. Der Wald und im Besonderen das Waldbad als stadtnahe Naherholungsgebiete sind weiterzuentwickeln... Geeignete innerstädtische Rasenflächen sind im Rahmen des Insektenschutzes und der Biodiversität in Blühwiesen umzuwandeln. Artenvielfalt erlauben, unter weitestgehender Vermeidung von Pflanzenschutzmitteln.“

Aber dort, wo für die Maßnahmen Geld in die Hand genommen werden muss, steht auch alles unter einem Finanzierungsvorbehalt, denn das alles sind freiwillige Aufgaben. An dieser Stelle möchten wir auf eine kürzlich veröffentlichte Machbarkeitsstudie des Deutschen Instituts für Urbanistik hinweisen, wo es heißt:

Für die Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen nehmen die Kommunen eine Schlüsselrolle ein, es fehlt aber an Geld und Personal. Die Frage, mit welchen Finanzierungsinstrumenten diese beiden Aufgaben auf kommunaler Ebene trotzdem auf eine verlässliche und langfristige Basis gestellt werden können, steht schon seit einiger Zeit im Raum.

Bundes- und Landespolitik sehen wir also in der Pflicht, die Kommunen bei der Bewältigung der Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen nicht allein zu lassen.

2. Die aktuellen politischen Ereignisse verdeutlichen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien unabdingbar ist. Unabhängig davon hat die Bundespolitik beschlossen, bis 2045 klimaneutral zu sein. Wo planen Sie den Ausbau von Anlagen aus denen Erneuerbare Energien gewonnen werden können, um dieser Situation gerecht zu werden?

Diese Frage scheint für uns an der Realität vorbeizugehen. Wir als Partei - und das schon gar nicht auf kommunaler Ebene - können auch nur im Ansatz daran denken, selbst an

Errichtung oder Ausbau eigener Anlagen für Erneuerbare Energien zu planen. Wir verfügen dafür weder über eigene Immobilien oder Flächen noch über finanzielle Ressourcen. In unserem Freiburger Büro achten wir schon aus Kostengründen darauf, möglichst sparsam mit Energie und Heizung umzugehen.

3. Der Stadtrat hat auf seiner Sitzung am 11. April beschlossen das Thema Klimaschutzkonzept zu vertagen. Was wollen Sie tun um die Thematik im neu gewählten Stadtrat voranzubringen? Eine Abstimmung über das neu ausgearbeiteten Klimaschutzkonzeptes erscheint nicht sicher und könnte auch bei einer Verabschiedung noch in ferner Zukunft liegen. Welche der Maßnahmen die im aktuell gültigen Klimaschutz- und Energiekonzept der Stadt Freiberg von 2005 beschrieben sind, planen Sie in der Zwischenzeit voran zu bringen? Gehören zu den Maßnahmen auch die Stadtwerke, die hier als Motor der Energiewende bezeichnet werden? Wie würden Sie gerne die Bürger und Bürgerinnen einbinden um sie auf dem Weg zu mehr Klimaschutz bestmöglich mitzunehmen?

Unsere Stadtratsfraktion hatte zum vorliegenden Klimaschutzkonzept-Entwurf als Vorlage für die Stadtratssitzung zum 11. April ein positives Votum abgegeben und dazu erklärt: „Wir wissen, dass dieses Konzept jährlich fortgeschrieben wird und erhoffen uns, dass damit eine Vorbildwirkung, vor allem von den Maßnahmen mit kommunaler Zuständigkeit auf Industrie, Handel, Haushalte, Verkehr usw. ausgeht, denn hier liegt das weitaus größte Einsparpotential an Treibhausgasen bis 2045. Unsere kommunalen Unternehmen, allen voran die Stadtwerke AG, sollten für den Ausbau Erneuerbarer Energien stärker beauftragt werden als bisher, damit gegebenenfalls die Akzeptanz in der Bevölkerung steigt, wenn einheimische Investoren Windkraftanlagen installieren als ortsfremde.“

Wir werden im neugewählten Stadtrat alles dafür tun, dass auf der Grundlage des neu erarbeiteten Klimaschutzkonzepts ein konkreter Maßnahmenplan zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen auf den Weg gebracht wird. Dazu gibt es auch eine Reihe von Vorschlägen für den Maßnahmenkatalog zum Klimaschutzkonzept für die Stadtratssitzung zum 11. April, die hier im Einzelnen nicht aufgezählt werden sollen, da sie zu den Vorlagen der Stadtratssitzung im Ratsinformationssystem nachlesbar sind.

4. Jüngst ist die Diskussion über eine mögliche Ortsumgehung wieder aufgeflammt. Die damit verbundene Abholzung von großen Baumbeständen, Versiegelung des Bodens in einem Regenversickerungsgebiet, und die örtliche Abtrennung des Naherholungsgebietes „Freiberger Stadtwald“ vom größten Freiburger Wohngebiet, dem Wasserberg sind einige Probleme die wir sehen. Der etwas geringere Innenstadtverkehr würde keine merkliche Verbesserung für Freiberg bringen. Aus unserer Sicht wären Zebrastreifen vielversprechender, um etwa Familien die über die Bundesstraße in den Albertpark gehen wollen zu schützen. Wie stehen Sie zu der Thematik?

Die Umgehungsstraße ist nicht nur unter unseren Mitgliedern, sondern in der Stadt Freiberg und ihrem Umland umstritten. In unserem Wahlprogramm haben wir deshalb folgende Aussage getroffen:

„Die Umgehungsstraße in Kombination mit einem zeitgemäßen Autobahnzubringer nach Siebenlehn würde manches ermöglichen, was aktuell schwierig erscheint: Platz für Radwege, Lärmreduzierung, Reduzierung von verkehrsbedingten Luftschadstoffen, mehr Sicherheit im Verkehrsraum. Aber die Umgehungsstraße ist in der Stadt auch umstritten und ihre Realisierung ist, wenn überhaupt, aber mindestens für das nächste Jahr fünf nicht zu erwarten. Was bedeutet, heute anschlussfähige Verkehrskonzepte für morgen zu

entwickeln, die das Miteinander aller Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen garantieren. Auch E-Mobilität braucht Verkehrsraum. Straßen zum Fahren, Stellflächen zum Parken. E-Mobilität braucht öffentliche Ladestrukturen, ansonsten bleibt es ein Privileg der Wohlhabenden.“

Die Umgehungsstraße ist Teil des Bundesverkehrswegeplans und wird daher auch vorwiegend aus Bundesmitteln finanziert. Die Stadt Freiberg und der Stadtrat haben keinen Einfluss darauf, ob und wann diese Straße gebaut wird. Aus der allgemein schwierigen Lage des Bundeshaushalts lässt sich aber folgern, dass die Umgehungsstraße wenn überhaupt noch zu unseren Lebzeiten, dann aber nicht für einen überschaubaren Zeitraum kommen wird. Da in Deutschland die Herstellung von Kriegsbereitschaft oberste Priorität hat, deshalb der Militärhaushalt (übrigens der größte Klimasünder!) weiter aufgestockt werden soll, werden die Haushalte der anderen Ministerien zusammengestrichen. Außerdem wurde dem Ausbau des Schienennetzes eine höhere Priorität eingeräumt.

Wir begrüßen die Errichtung von Zebrastreifen, um Menschen, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind, endlich mal Vorfahrt zu gewähren, auch können wir uns mehr Tempo 30 Zonen in der Innenstadt und im Kernbereich der Wohngebiete vorstellen. Zusätzlich setzen wir uns im Stadtrat für mehr Barrierefreiheit in der städtischen Infrastruktur ein.

5. Würden Sie den Ausbau von Bürgerenergie unterstützen, wenn ja wo?

In den Vorschlägen unserer Stadtratsfraktion zum bereits unter Punkt 3 erwähnten Maßnahmeplan wurde unter dem Stichwort „Stärkung von Bürgerenergie“ dazu angeregt: Nutzung von Erdwärme und Photovoltaikanlagen für benachbarte Grundstücke als Bürgerinitiative zu realisieren.

In unserem Wahlprogramm sagen wir dazu: „Die Errichtung von Solar- und Windkraftanlagen durch die Stadtwerke Freiberg kann die Energieerzeugung und somit auch die Preisgestaltung noch stärker beeinflussen. Lokale Akteure und Initiativen, wie genossenschaftliche Bürgerkraftwerke sind zu unterstützen. Ausgehend von den Empfehlungen des städtischen Klimaschutzkonzeptes sind bürgerschaftliche Aktivitäten durch die Stadt inhaltlich und administrativ zu unterstützen.“

Für Die Linke Freiberg



Achim Grunke